# Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald

Vom 7. Mai 1995 (Stand 1. Januar 2018)

*Die Landsgemeinde,*

gestützt auf Artikel 50 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über den Wald,

*beschliesst:*

## 1. Allgemeine Bestimmungen

**Art. 1 *** *Zweck*

[1] Dieses Gesetz ergänzt die Waldgesetzgebung des Bundes und regelt deren Vollzug. *

**Art. 2 *** *Vollzugsorgane*

[1] Der Regierungsrat bezeichnet die Vollzugsorgane, soweit sie nicht durch dieses Gesetz bestimmt werden.

**Art. 3** *Mindestkriterien für Wald (Art. 2 Abs. 4 WaG)*

[1] Die Mindestkriterien für Wald sind:

*a.* Fläche mit Einschluss eines zweckmässigen Waldsaumes: 800 m²;
*b.* Breite mit Einschluss eines zweckmässigen Waldsaumes: 12 m;
*c.* Alter der Bestockung auf Einwuchsflächen: 20 Jahre.

## 2. Schutz des Waldes vor Eingriffen

### *2.1. Rodung und Waldfeststellung*

**Art. 4 *** *Verfahren (Art. 4–7 WaG)*

[1] Das zuständige Departement entscheidet über Rodungsgesuche.
[2] Rodungsgesuche werden während 30 Tagen öffentlich aufgelegt; die Auflage wird im Amtsblatt ausgeschrieben.
[3] Wer ein schutzwürdiges Interesse geltend macht, kann innerhalb der Auflagefrist beim zuständigen Departement Einsprache gegen das Rodungsgesuch erheben.

**Art. 5** *Ersatzabgaben (Art. 8 WaG)*

[1] Ersatzabgaben gemäss Artikel 8 WaG sind dem kantonalen Fonds für Walderhaltung zuzuweisen.

**Art. 6** *Ausgleich (Art. 9 WaG)*

[1] Für die durch Rodungsbewilligungen entstehenden Vorteile ist ein Ausgleichsbeitrag zu entrichten, der je zur Hälfte dem kantonalen Fonds für Walderhaltung und der Standortgemeinde zuzuweisen ist. Er entspricht der Hälfte des Mehrwerts.
[2] Das zuständige Departement setzt den Ausgleichsbeitrag nach Anhören der Standortgemeinden in der Rodungsbewilligung oder durch selbstständige Verfügung fest und regelt die Fälligkeiten und Zahlungsfristen. *
[3] Für Vorhaben von besonderem öffentlichen Interesse kann ausnahmsweise auf die Erhebung eines Ausgleichsbeitrags verzichtet werden.

**Art. 7** *Waldfeststellung (Art. 10 WaG)*

[1] **...** *
[2] Besteht an der Waldfeststellung ein öffentliches Interesse, ist sie von Amtes wegen vorzunehmen.
[3] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde erlässt eine Waldfeststellungsverfügung. Sie wird während 30 Tagen öffentlich aufgelegt und die Auflage im Amtsblatt ausgeschrieben. *
[4] Wer ein schutzwürdiges Interesse nachweist, kann innerhalb der Auflagefrist bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde Einsprache erheben, welche darüber entscheidet. *

### *2.2. Wald und Raumplanung*

**Art. 8 *** *Bauten und Anlagen im Wald (Art. 11 WaG)*

[1] Für die Erteilung der Baubewilligung für Bauten und Anlagen im Wald ist die Bewilligung der zuständigen Verwaltungsbehörde erforderlich. *

**Art. 9** *Wald und Bauzone (Art. 13 WaG)*

[1] Bei der Revision von Nutzungsplänen gemäss kantonalem Raumentwicklungs- und Baugesetz[1)] ist ein Waldfeststellungsverfahren durchzuführen, wo Bauzonen an den Wald grenzen oder in Zukunft daran grenzen sollen. *
[2] Die festgestellten Waldgrenzen sind planerisch festzuhalten und zusammen mit dem Nutzungsplan in der Gemeinde während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.
[3] Für das Einspracheverfahren gilt Artikel 7 Absatz 4 sinngemäss.

---

[1)] GS VII B/1/1

### *2.3. Betreten und Befahren des Waldes*

**Art. 10** *Zugänglichkeit (Art. 14 WaG)*

[1] Der Wald ist grundsätzlich der Allgemeinheit zugänglich.
[2] Vorrichtungen, die die Zugänglichkeit des Waldes einschränken, sind verboten. Ausgenommen sind Vorrichtungen, die im Interesse der Walderhaltung erstellt werden.
[3] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde entscheidet nach Anhören der Waldeigentümer, der Standortgemeinden und der weiteren betroffenen Verwaltungsbehörden über Einschränkungen der Zugänglichkeit und Bewilligungen von Veranstaltungen gemäss Artikel 14 Absatz 2 WaG. *
[4] Einer Bewilligung bedarf es für diejenigen Veranstaltungen, bei welchen die Zahl der zu erwartenden Personen 200 überschreitet. Sind Waldreservate betroffen, ist jede Veranstaltung bewilligungspflichtig.

**Art. 11** *Motorfahrzeugverkehr (Art. 15 WaG)*

[1] Wald und Waldstrassen dürfen gemäss Artikel 15 Absatz 1 WaG nur zu forstlichen Zwecken mit Motorfahrzeugen befahren werden.
[2] Das zuständige Departement bezeichnet im Einvernehmen mit den Waldeigentümern, nach Anhören der zuständigen Gemeindebehörde, der Eigentümer der Strassen und des Bodens jene Verkehrswege, die im Sinne von Artikel 15 WaG als Waldstrassen gelten. *
[3] Zusätzlich zu den durch den Bund festgelegten Ausnahmen kann der Kanton die Benützung von Waldstrassen zu folgenden Zwecken genehmigen: *

*a.* * Bewirtschaftung Land- und Alpwirtschaft;
*b.* * öffentliche Aufgaben;
*c.* * Jagd gemäss kantonalen Jagdvorschriften;
*d.* * Zufahrt zu rechtmässig erstellten Wohnbauten;
*e.* * Organisation standortgebundener öffentlicher oder im öffentlichen Interesse liegender Veranstaltungen;
*f.* * die Gemeinden können zusätzliche Ausnahmen zulassen und diese vom Erteilen einer Bewilligung abhängig machen.

[4] Die Ausnahmen werden in einem Fahrbewilligungsreglement von den Gemeinden festgelegt. Die Reglemente bedürfen der Genehmigung durch die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde im Einvernehmen mit der Kantonspolizei und nach Anhören der Eigentümer der Strassen und des Bodens. Bewilligungen gestützt auf die genehmigten Fahrbewilligungsreglemente erteilt die zuständige Gemeinde. *

### *2.4. Schutz vor anderen Beeinträchtigungen*

**Art. 12** *Nachteilige Nutzungen (Art. 16 WaG)*

[1] Nachteilige Nutzungen, insbesondere Weidgang, Reutrechte, Reistrechte, Weg-, Durchfahrts- und Durchleitungsrechte, Niederhalten von Bäumen, Streuenutzung, nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen, sind dann unzulässig, wenn sie die Funktionen oder die Bewirtschaftung des Waldes gefährden oder beeinträchtigen.

**Art. 13 *** *Waldabstand (Art. 17 WaG)*

[1] Der Mindestabstand von Bauten und Anlagen zum Waldrand beträgt 15 Meter. Vorbehalten bleiben andere Abstände nach Baulinien der Gemeinde gemäss dem Raumentwicklungs- und Baugesetz.

**Art. 14 *** *Umweltgefährdende Stoffe (Art. 18 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde entscheidet nach Anhören der kantonalen Umweltschutzfachstelle über Bewilligungen zur Verwendung umweltgefährdender Stoffe gemäss Artikel 25 Absatz 1 WaV.
[2] Das zuständige Departement erlässt Weisungen betreffend den Vollzug der Vorschriften über umweltgefährdende Stoffe im Wald, am Waldrand sowie in forstlichen Pflanzgärten.

## 3. Schutz vor Naturereignissen

**Art. 15** *Schutz vor Naturereignissen (Art. 19 WaG)*

[1] Wo es der Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten erfordert, sichern der Kanton und die Gemeinden die betroffenen Gebiete vor Lawinen, Rutschungen, Erosion, Steinschlag, Felssturz, Murgängen und Hochwasser. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch[1)] über die Wuhrpflicht und Offenhaltung der Wasserläufe.
[2] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde sorgt für eine integrale Planung gemäss Artikel 17 Absatz 3 WaV. Sie koordiniert die Projekte und legt nach Absprache mit den weiteren betroffenen Verwaltungsbehörden die verwaltungsinternen Zuständigkeiten fest. *
[3] Der Regierungsrat erlässt Richtlinien zum Schutz vor Naturgefahren. Sie beschreiben den Gefährdungsnachweis, die Risikobeurteilung und legen Schutzziele fest.
[4] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde koordiniert die Errichtung der Frühwarndienste gemäss Artikel 16 WaV. *

---

[1)] GS III B/1/1

**Art. 16** *Gefahrenkataster, Gefahrenkarte*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde führt ein Gefahrenkataster und eine Gefahrenkarte. Diese enthalten alle Naturgefahren, die Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährden können, namentlich Lawinen, Rutschungen, Erosion, Steinschlag, Felssturz, Murgang und Hochwasser. *
[2] Die Gemeinden berücksichtigen die Gefahrenkarten bei der Zonenplanung sowie bei allen übrigen raumwirksamen Tätigkeiten. *
[3] Für die Erteilung von Baubewilligungen in Gefahrengebieten ist die Zustimmung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens bzw. des Leitverfahrens gemäss der Raumentwicklungs- und Baugesetzgebung erforderlich. Sie wird abhängig gemacht vom Gefahren- und Schadenpotenzial, dem Risiko sowie den geplanten Schutzmassnahmen. *

## 4. Pflege und Nutzung des Waldes

### *4.1. Bewirtschaftung des Waldes*

**Art. 17 *** *Planungsvorschriften (Art. 20 WaG)*

[1] Der Regierungsrat regelt die überbetriebliche und betriebliche forstliche Planung nach Massgabe der Bundesgesetzgebung.

**Art. 18** *Überbetriebliche forstliche Planung (Art. 20 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde erarbeitet die überbetriebliche forstliche Planung unter Mitwirkung der Waldeigentümer, der Gemeinden, der Bevölkerung sowie der interessierten Verwaltungsstellen und Verbände. Dabei ist der kantonale Richtplan zu berücksichtigen. *
[2] Die bereinigte überbetriebliche forstliche Planung wird vom Regierungsrat genehmigt.
[3] Generelle Planungen von forstlichen Verbauungen und Walderschliessungen sind Bestandteil der überbetrieblichen forstlichen Planung. Sie müssen während 30 Tagen bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde und in den Standortgemeinden öffentlich aufgelegt werden. Wer ein schutzwürdiges Interesse nachweist, kann bei der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde zuhanden des Regierungsrates Einsprache erheben. *

**Art. 19 *** *Forstliche Betriebsplanung*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde erarbeitet die forstliche Betriebsplanung unter Mitwirkung der Waldeigentümer. Dabei ist die überbetriebliche forstliche Planung zu berücksichtigen.
[2] Die forstliche Betriebsplanung wird vom zuständigen Departement und den Waldeigentümern beidseitig genehmigt.

[3] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde übt die Kontrolle aus und ordnet die notwendigen Massnahmen an, wenn es die Walderhaltung erfordert oder wenn die Erfüllung der Waldfunktionen gefährdet ist.

**Art. 20** *Waldreservate (Art. 20 Abs. 4 WaG)*

[1] Zum Schutz beziehungsweise zur Erhaltung besonders wertvoller Waldgebiete und Waldgesellschaften, bedrohter Pflanzen- und Tierarten, alter Bewirtschaftungsformen und wertvoller Landschaftselemente können im Rahmen der überbetrieblichen forstlichen Planung Waldreservate ausgeschieden werden.
[2] Wo es die Sicherung der Reservate erfordert, trifft das zuständige Departement mit den Waldeigentümern eine langfristige vertragliche Regelung. *

**Art. 21** *Holznutzung (Art. 21 WaG)*

[1] Holzschläge und -nutzungen im Wald bedürfen einer Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltunsgsbehörde. Diese kann durch ein Reglement die Kompetenz für Bewilligungen kleinerer Schläge und Nutzungen an die Revierförster und Revierförsterinnen delegieren. *
[2] Die Bewilligung kann insbesondere aus waldbiologischen und schutztechnischen Gründen an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden.
[3] Die Waldeigentümer benötigen für den eigenen Bedarf keine Bewilligung, sofern das Quantum unter 10 $m^3$ pro Jahr liegt.
[4] Die Waldeigentümer können in ihren Wäldern das Hauen und die Wegnahme von stehendem und liegendem Dürrholz bis zu einem maximalen Stockdurchmesser von 20 cm gestatten.

**Art. 22 *** *Ausnahmen zum Kahlschlagverbot (Art. 22 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde entscheidet über Ausnahmebewilligungen zum Kahlschlagverbot gemäss Artikel 22 WaG.

**Art. 23 *** *Forstliches Vermehrungsgut (Art. 24 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde führt in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesamt einen kantonalen Kataster der Samenerntebestände und Genreservate.
[2] Die Gewinnung von forstlichem Vermehrungsgut wie Saatgut, Wildlinge, Stecklinge und dergleichen zu gewerblichen Zwecken bedarf des Einverständnisses der Waldeigentümer und der Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde.
[3] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde kontrolliert die gewerbliche Gewinnung von Saatgut und Pflanzenteilen und stellt Herkunftszeugnisse aus.

**Art. 23a *** *Veräusserung und Teilung von Wald*

[1] Die Veräusserung von Wald im Eigentum von Gemeinden und Korporationen und die Teilung von Wald bedürfen der Bewilligung der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde.

### *4.2. Verhütung und Behebung von Waldschäden*

**Art. 24 *** *Allgemeine Waldschäden (Art. 27 Abs. 1 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde veranlasst die forstlichen Massnahmen gegen die Ursachen und Folgen von Schäden, welche die Erhaltung des Waldes bzw. dessen Funktionen gefährden können.
[2] Sie vollzieht die den Wald und das Holz betreffenden Vorschriften der eidgenössischen Pflanzenschutzgesetzgebung.

**Art. 25 *** *Schäden durch Wild (Art. 27 Abs. 2 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde führt zur Beurteilung der am Wald verursachten Wildschäden zusammen mit den örtlichen Forstorganen Wildschadenerhebungen durch.
[2] Kann die Erhaltung des Waldes, insbesondere seine natürliche Verjüngung mit standortgerechten Baumarten, trotz Regulierung der Wildbestände ohne Schutzmassnahmen nicht gesichert werden, beschliesst das zuständige Departement ein Schadenverhütungskonzept und ordnet die zu treffenden Massnahmen an.

**Art. 26** *Schäden durch Feuer*

[1] Das Feuern im Wald ist verboten.
[2] Sofern keine Gefährdungen des Waldes oder übermässigen Immissionen entstehen, sind Ausnahmen zulässig:
*a.* bei Schlagräumungen, sofern aus waldhygienischen Gründen eine Notwendigkeit besteht;
*b.* bei Feuerstellen, die die Waldeigentümer gestattet haben.
[3] Das zuständige Departement beschliesst ein Konzept zur Verhütung und Bekämpfung von Waldbränden und ordnet die zu treffenden Massnahmen an. *

## 5. Förderungsmassnahmen

### *5.1. Ausbildung, Beratung, Forschung und Grundlagenbeschaffung*

**Art. 27** *Ausbildung (Art. 30 WaG)*

[1] Für Personen, die im Wald gewerbsmässig Holzernte- und Motorsägearbeiten ausführen, ist die Grundausbildung nach den Richtlinien der Eidgenössischen forstlichen Ausbildungskommission oder eine gleichwertige Ausbildung obligatorisch. Für Personen mit beruflicher Erfahrung kann die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde Ausnahmen bewilligen. *
[2] Für die Ausbildung der Waldarbeiter gemäss Artikel 30 WaG sorgt die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde. *
[3] ... *

**Art. 28 *** *Beratung und Information (Art. 30 und 34 WaG)*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde nimmt die Beratungs- und Informationspflicht gemäss den Artikeln 30 und 34 WaG wahr.

### *5.2. Finanzierung*

**Art. 29 *** *Grundsätze (Art. 35 WaG)*

[1] Der Kanton fördert Massnahmen in den Bereichen Schutzwald, Biodiversität des Waldes, Waldwirtschaft, Schutz vor Naturereignissen sowie Forschung und Grundlagenbeschaffung.
[2] Er leistet nach Massgabe von Artikel 30 Förderungsbeiträge, wenn die Massnahmen den Grundsätzen gemäss Artikel 35 Absatz 1 WaG sowie den Zielsetzungen und Prioritäten von Programmvereinbarungen mit dem Bund entsprechen.
[3] Die Zusicherung der Beiträge an Waldeigentümer oder anderen Leistungserbringern erfolgt aufgrund von Leistungsvereinbarungen oder im Rahmen von Einzelprojekten.
[4] Kosten, die aus nachteiligen Nebennutzungen entstehen, werden nicht subventioniert.
[5] Der Kanton trägt die Kosten für:

*a.* die Grundlagenbeschaffung der forstlichen Planung;
*b.* die überbetriebliche forstliche Planung;
*c.* die Gewinnung und Lagerung des forstlichen Vermehrungsgutes;
*d.* die Wildschadenverhütungsmassnahmen, soweit diese nicht durch die Mittel des kantonalen Wildschadenfonds abgedeckt werden können.

**Art. 30 *** *Beiträge (Art. 36–39 WaG)*

[1] Der Kanton leistet im Rahmen der bewilligten Budgetkredite Beiträge

*a.* von höchstens 90 Prozent an die anerkannten Leistungen für Massnahmen zur Erfüllung der Schutzwaldfunktionen einschliesslich der Verhütung und Behebung von Waldschäden, welche den Schutzwald gefährden;

*b.* von höchstens 80 Prozent an die anerkannten Leistungen für Massnahmen zum Schutz von Menschen und erheblichen Sachwerten vor Naturereignissen und zur Förderung der Biodiversität im Wald;

*c.* von höchstens 70 Prozent an die anerkannten Leistungen für Massnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Waldbewirtschaftung und der forstlichen Infrastrukturen wie Walderschliessungen und Wald-Weide-Ausscheidungen, sowie für Jungwaldpflege im Nutzwald.

[2] Bei Einzelprojekten gelten die Höchstansätze gemäss Absatz 1 unter Einbezug von allfälligen Förderungsbeiträgen des Bundes.

[3] Die Bemessung der Beiträge richtet sich nach den Kriterien des Bundesgesetzes für die Gewährung der Förderungsbeiträge des Bundes im jeweiligen Massnahmenbereich.

### *5.3. Forstreservefonds*

**Art. 31 *** *Verpflichtung*

[1] Gemeinden und Korporationen mit Waldeigentum sind verpflichtet, Forstreservefonds zu erhalten und zu speisen.

**Art. 32** *Einlage*

[1] In die Forstreservefonds sind einzulegen:

*a.* 50 Prozent des Gewinns des Holzproduktionsbetriebs bezogen auf jene Holznutzungen, die den jährlichen Hiebsatz übersteigen;

*b.* die Erlöse aus verkauften Waldparzellen und die Entschädigungen für die Einräumung von Dienstbarkeiten;

*c.* die durch Rodungen entstehenden Mehrwerte, soweit es sich nicht um Ausgleichsbeiträge gemäss Artikel 6 des Gesetzes handelt;

*d.* die Zinsen der Forstreservefonds.

[2] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde legt die jährlichen Einlagen gemäss Absatz 1 Buchstabe a fest. *

**Art. 33** *Entnahmen*

[1] Die Forstreservefonds sind für folgende Zwecke bestimmt:

*a.* für Zuschüsse an Ertragsausfälle, wenn aus forstlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht der volle Hiebsatz genutzt wird;

*b.* für Beiträge an die Restkosten forstlicher Verbesserungen und Investitionen.

[2] Die Entnahmen unterliegen der Genehmigung des zuständigen Gemeinderates. *

### *5.4. Fonds für Walderhaltung*

**Art. 34** *Zweckbestimmung*

[1] Der Kanton führt einen Fonds für Walderhaltung. Er ist bestimmt für Massnahmen, für die keine oder nur eine ungenügende Subventionierung möglich ist, insbesondere für:

*a.* Neubegründungen von Wald;

*b.* Ertragsausfall bei Nutzungsbeschränkungen;

*c.* Ablösung von nachteiligen Nutzungen im Sinne von Artikel 16 WaG;

*d.* Massnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes im Wald und am Waldrand.

**Art. 35** *Einlagen*

[1] In diesen Fonds sind einzulegen:

*a.* Ersatzabgaben gemäss Artikel 5 dieses Gesetzes;

*b.* Ausgleichsbeiträge gemäss Artikel 6 dieses Gesetzes;

*c.* andere für die Walderhaltung bestimmte Beiträge;

*d.* die Zinsen dieses Fonds.

**Art. 36 *** *Entnahmen*

[1] Über Entnahmen entscheidet das zuständige Departement.

## 6. Straf- und Verfahrensbestimmungen

**Art. 37** *Strafbestimmung (Art. 43 WaG)*

[1] Mit Busse bis zu 20'000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich: *

*a.* ohne die erforderliche Grundausbildung im Wald gewerbsmässig Holzernte- und Motorsägearbeiten ausführt oder ausführen lässt (Art. 27);

*b.* unrechtmässig im Wald Feuer entfacht (Art. 26);

*c.* Verfügungen missachtet, die auf dieses Gesetz oder das Bundesgesetz abgestützt sind.

**Art. 38** *Enteignungen (Art. 16 und 48 WaG)*

[1] Wenn Massnahmen zur Walderhaltung oder die Erstellung von Bauten und Anlagen zum Schutze vor Naturereignissen es erfordern, können sich der Kanton und die Gemeinden das benötigte Grundeigentum und allfällige Dienstbarkeiten durch Enteignung verschaffen.
[2] Das Verfahren bei Enteignungen gemäss Absatz 1 sowie gemäss Artikel 16 WaG richtet sich nach den Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch.

**Art. 38a *** *Verfahrenskoordination*

[1] Die Verfahrenskoordination richtet sich nach den entsprechenden Bestimmungen der Raumentwicklungs- und Baugesetzgebung.

**Art. 39** *Rechtsschutz*

[1] Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, richtet sich der Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheide nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz[1)].
[2] Die Beschwerdeinstanz gegenüber raumwirksamen Verfügungen, die in koordinierten Verfahren zu erlassen sind, bestimmt sich nach dem Raumentwicklungs- und Baugesetz. *

## 7. Forstorganisation; Staatswald; Einschränkung zur Walderhaltung *

**Art. 40** *Forstorganisation (Art. 51 WaG)*

[1] Der Regierungsrat bezeichnet das Organ der staatlichen Aufsicht über den Wald. Dieses setzt sich wie folgt aus Fachpersonen zusammen: *
*a.* dem Kantonsoberförster oder der Kantonsoberförsterin;
*b.* Kreisforstingenieuren oder Kreisforstingenieurinnen.
[2] Der Regierungsrat ordnet das Waldgebiet geographisch zusammenhängenden Forstkreisen zu; er kann auch für das gesamte Waldgebiet einen einzigen Forstkreis vorsehen. *
[3] Der Regierungsrat unterteilt im Einvernehmen mit den Gemeinden die Forstkreise in Forstreviere nach Massgabe der Waldfläche, der Eigentumsstruktur und der forstlichen Verhältnisse. *

---

1) GS III G/1

[4] Jedem Revier steht ein diplomierter Förster oder eine diplomierte Försterin vor. Er oder sie wird von der Gemeinde gewählt und untersteht *

*a.* in administrativer und betrieblicher Hinsicht der zuständigen Gemeindebehörde;

*b.* in fachtechnischer Hinsicht dem Kreisforstingenieur oder der Kreisforstingenieurin bzw. dem Organ der staatlichen Aufsicht.

[5] ... *

[6] Der Regierungsrat erlässt eine Instruktion über die dienstlichen Pflichten und Hoheitsfunktionen der Revierförster und Revierförsterinnen.

**Art. 41 *** *Staatswald*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde übt die Aufsicht über die im Eigentum des Kantons Glarus stehenden Wälder (Staatswald) aus. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die zuständigen Kreisforstingenieure oder die Kreisforstingenieurinnen und Revierförster oder Revierförsterinnen.

**Art. 42 *** *Einschränkung zur Walderhaltung*

[1] Der Regierungsrat kann nötigenfalls im Interesse der Erhaltung des Waldes und dessen Funktionen weitere Einschränkungen anordnen.

## 8. Schlussbestimmungen

**Art. 43** *Aufhebung bisherigen Rechts*

[1] Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden alle ihm widersprechenden Erlasse aufgehoben, insbesondere das Vollziehungsgesetz vom 6. Mai 1906 zum Bundesgesetz vom 11. Oktober 1902 betr. die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei und der Landsgemeindebeschluss vom 4. Mai 1947 über die Schaffung von Forstreservefonds.

**Art. 44** *Inkrafttreten*

[1] Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1995 in Kraft.

[2] Die Artikel 12, 13, 17, 18 und 19 treten nach der Genehmigung durch den Bund in Kraft.[1)]

---

[1)] Genehm. Eidg. Departement des Innern, 4. Juli 1995

## Änderungstabelle - Nach Beschluss

| Beschluss | Inkrafttreten | Element | Änderung | SBE Fundstelle |
|---|---|---|---|---|
| 01.05.2005 | 01.05.2005 | Art. 40 Abs. 1 | geändert | SBE IX/4 213 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 1 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 2 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 4 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 6 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 7 Abs. 1 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 7 Abs. 3 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 7 Abs. 4 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 8 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 10 Abs. 3 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 11 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 11 Abs. 3 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 14 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 15 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 15 Abs. 4 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 16 Abs. 1 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 16 Abs. 3 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 17 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 18 Abs. 1 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 18 Abs. 3 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 19 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 20 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 21 Abs. 1 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 22 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 23 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 24 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 25 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 26 Abs. 3 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 27 Abs. 1 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 27 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 28 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 30 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 32 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 33 Abs. 2 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 36 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Titel 7. | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 40 Abs. 1 | geändert | SBE X/1 85 |

| Beschluss | Inkrafttreten | Element | Änderung | SBE Fundstelle |
|---|---|---|---|---|
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 40 Abs. 4 | geändert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 41 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 07.05.2006 | 07.05.2006 | Art. 42 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| 06.05.2007 | 01.01.2008 | Art. 27 Abs. 2 | geändert | SBE X/5 327 |
| 06.05.2007 | 01.01.2008 | Art. 27 Abs. 3 | aufgehoben | SBE X/5 327 |
| 06.05.2007 | 01.01.2008 | Art. 29 | totalrevidiert | SBE X/5 327 |
| 06.05.2007 | 01.01.2008 | Art. 30 | totalrevidiert | SBE X/5 327 |
| 04.05.2008 | 01.01.2011 | Art. 31 | totalrevidiert | SBE X/7 510 |
| 04.05.2008 | 01.01.2011 | Art. 40 Abs. 3 | geändert | SBE X/7 510 |
| 04.05.2008 | 01.01.2011 | Art. 40 Abs. 4 | geändert | SBE X/7 510 |
| 04.05.2008 | 01.01.2011 | Art. 40 Abs. 5 | aufgehoben | SBE X/7 510 |
| 03.05.2009 | 01.01.2011 | Art. 31 | totalrevidiert | SBE XI/3 209 |
| 03.05.2009 | 01.01.2011 | Art. 33 Abs. 2 | geändert | SBE XI/3 209 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 4 | totalrevidiert | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 7 Abs. 3 | geändert | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 8 | totalrevidiert | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 13 | totalrevidiert | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 16 Abs. 2 | geändert | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 16 Abs. 3 | geändert | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 38a | eingefügt | SBE XI/5 383 |
| 02.05.2010 | 01.07.2011 | Art. 39 Abs. 2 | eingefügt | SBE XI/5 383 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 1 Abs. 1 | geändert | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 7 Abs. 1 | aufgehoben | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 7 Abs. 4 | geändert | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 8 Abs. 1 | geändert | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 9 Abs. 1 | geändert | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 23a | eingefügt | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 37 Abs. 1 | geändert | SBE 2014 39 |
| 04.05.2014 | 01.09.2014 | Art. 40 Abs. 2 | geändert | SBE 2014 39 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 2 | geändert | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3 | geändert | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3, a. | geändert | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3, b. | geändert | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3, c. | geändert | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3, d. | geändert | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3, e. | eingefügt | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 3, f. | eingefügt | SBE 2017 32 |
| 03.05.2015 | 01.01.2018 | Art. 11 Abs. 4 | eingefügt | SBE 2017 32 |

## Änderungstabelle - Nach Artikel

| Element | Beschluss | Inkrafttreten | Änderung | SBE Fundstelle |
|---|---|---|---|---|
| Art. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 1 Abs. 1 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | geändert | SBE 2014 39 |
| Art. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 4 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 4 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | totalrevidiert | SBE XI/5 383 |
| Art. 6 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 7 Abs. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 7 Abs. 1 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | aufgehoben | SBE 2014 39 |
| Art. 7 Abs. 3 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 7 Abs. 3 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | geändert | SBE XI/5 383 |
| Art. 7 Abs. 4 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 7 Abs. 4 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | geändert | SBE 2014 39 |
| Art. 8 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 8 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | totalrevidiert | SBE XI/5 383 |
| Art. 8 Abs. 1 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | geändert | SBE 2014 39 |
| Art. 9 Abs. 1 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | geändert | SBE 2014 39 |
| Art. 10 Abs. 3 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 11 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 11 Abs. 2 | 03.05.2015 | 01.01.2018 | geändert | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 11 Abs. 3 | 03.05.2015 | 01.01.2018 | geändert | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3, a. | 03.05.2015 | 01.01.2018 | geändert | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3, b. | 03.05.2015 | 01.01.2018 | geändert | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3, c. | 03.05.2015 | 01.01.2018 | geändert | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3, d. | 03.05.2015 | 01.01.2018 | geändert | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3, e. | 03.05.2015 | 01.01.2018 | eingefügt | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 3, f. | 03.05.2015 | 01.01.2018 | eingefügt | SBE 2017 32 |
| Art. 11 Abs. 4 | 03.05.2015 | 01.01.2018 | eingefügt | SBE 2017 32 |
| Art. 13 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | totalrevidiert | SBE XI/5 383 |
| Art. 14 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 15 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 15 Abs. 4 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 16 Abs. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 16 Abs. 2 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | geändert | SBE XI/5 383 |
| Art. 16 Abs. 3 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 16 Abs. 3 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | geändert | SBE XI/5 383 |
| Art. 17 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |

| Element | Beschluss | Inkrafttreten | Änderung | SBE Fundstelle |
|---|---|---|---|---|
| Art. 18 Abs. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 18 Abs. 3 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 19 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 20 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 21 Abs. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 22 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 23 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 23a | 04.05.2014 | 01.09.2014 | eingefügt | SBE 2014 39 |
| Art. 24 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 25 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 26 Abs. 3 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 27 Abs. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 27 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 27 Abs. 2 | 06.05.2007 | 01.01.2008 | geändert | SBE X/5 327 |
| Art. 27 Abs. 3 | 06.05.2007 | 01.01.2008 | aufgehoben | SBE X/5 327 |
| Art. 28 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 29 | 06.05.2007 | 01.01.2008 | totalrevidiert | SBE X/5 327 |
| Art. 30 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 30 | 06.05.2007 | 01.01.2008 | totalrevidiert | SBE X/5 327 |
| Art. 31 | 04.05.2008 | 01.01.2011 | totalrevidiert | SBE X/7 510 |
| Art. 31 | 03.05.2009 | 01.01.2011 | totalrevidiert | SBE XI/3 209 |
| Art. 32 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 33 Abs. 2 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 33 Abs. 2 | 03.05.2009 | 01.01.2011 | geändert | SBE XI/3 209 |
| Art. 36 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 37 Abs. 1 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | geändert | SBE 2014 39 |
| Art. 38a | 02.05.2010 | 01.07.2011 | eingefügt | SBE XI/5 383 |
| Art. 39 Abs. 2 | 02.05.2010 | 01.07.2011 | eingefügt | SBE XI/5 383 |
| Titel 7. | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 40 Abs. 1 | 01.05.2005 | 01.05.2005 | geändert | SBE IX/4 213 |
| Art. 40 Abs. 1 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 40 Abs. 2 | 04.05.2014 | 01.09.2014 | geändert | SBE 2014 39 |
| Art. 40 Abs. 3 | 04.05.2008 | 01.01.2011 | geändert | SBE X/7 510 |
| Art. 40 Abs. 4 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | geändert | SBE X/1 85 |
| Art. 40 Abs. 4 | 04.05.2008 | 01.01.2011 | geändert | SBE X/7 510 |
| Art. 40 Abs. 5 | 04.05.2008 | 01.01.2011 | aufgehoben | SBE X/7 510 |
| Art. 41 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |
| Art. 42 | 07.05.2006 | 07.05.2006 | totalrevidiert | SBE X/1 85 |